

zünftigeren Kapitalismus, wenn sie ihre Hege gegen die Kommunistische Partei Deutschlands nicht gleichzeitig mit der Hege gegen die Sowjetunion verbinden würden. Deshalb schreibt Herr Böhm, daß die Produkte seiner Spießhantel, die er der Kommunistischen Partei unterschiebt, „dem nationalen Interesse der Sowjetunion dienen“. Diese plumpe und bornierte Hege gegen die Sowjetunion ist kein Zufall, jama! wenn man bedenkt, daß die „Dresdener Nachrichten“ am gleichen Tage, an dem die „Volkzeitung“ des Pamphlet Böhm's nachdruckte, den Ausdruck der Beziehungen Deutschlands mit der Sowjetunion forderte. So wie die „linken“ Sozialfaschisten der offenen Reaktion die Spiegelmotive gegen die Kommunistische Partei liefern, so bereiten sie gleichfalls den imperialistischen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion vor.

Die Motive für die Antisowjetunionenpolitik der „linken“ Sozialfaschisten sind die gleichen wie die der brutalen Terrorpolitik des kapitalistischen Staatsapparates: die Angst um die Weiterexistenz des Kapitalismus, die Angst vor den revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse. Böhm spricht das ganz offen aus, wenn er schreibt, daß die jetzige Situation „der Demokratie nicht günstig ist“ und daß „das jetzige Experiment die schwere Belastungsprobe der Demokratie“ sei. Wir glauben es dem Herrn gern, begreifen doch auch die von den „linken“ Sozialfaschisten bisher am Narrenfuß gehaltenen Arbeiter immer mehr, daß die „Demokratie“ nichts anderes ist als die brutale und blutige Diktatur des Finanzkapitals, aus der es nur einen Ausweg gibt: die Diktatur des Proletariats!

Die „linken“ Sozialfaschisten haben allen Grund, vor dieser unermesslichen Entwicklung Angst und Schrecken zu haben und zu versuchen, sie durch planmäßige Provokationen der revolutionären Arbeiterklasse in ihre Gegenteil umzuwenden. Nun, ihnen wie ihren kapitalistischen Auftraggebern ist noch nichts mit aller Deutlichkeit gesagt: Das revolutionäre Proletariat und seine Führerin, die Kommunistische Partei, bestimmen den Zeitpunkt ihres Handelns selbst. Sie lassen sich nicht wie ein Häuflein Verschwörer und Verräther provozieren. Sie gehen in der jetzigen Situation den Weg, den der Landeskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition endlich aufgezeigt hat, den Weg der Organisierung und der Führung revolutionärer Streiks gegen die kapitalistisch-sozialfaschistische Hungeroffensive, den Weg der Organisierung des Kampfes um höhere Löhne und den Sechshunderttag und um die Forderungen der Frauen, der jugendlichen Arbeiter und der Erwerbslosen. Sie organisieren den politischen Massenstreik, der in der gegenwärtigen Situation von der Geschichte selbst auf die Tagesordnung gestellt wird. Möge die kapitalistische Klasse denken, mögen die „linken“ Sozialfaschisten die Ketten ihrer Verleumdungen und Schwindeltaten verlängern, es wird ihnen alles nichts nützen, die Kommunistische Partei wird keine Minute auf der Erfüllung ihrer revolutionären Aufgaben zögern, auch wenn Herr Böhm die „demokratische Gesellschaft“ mit ihren Demontationsverböten, mit der Ermordung freier Arbeiter, mit ihrem Republikuhngewissen sich gegen sie aufrauft. Und sie wird die Arbeiterklasse zum Siege führen; denn jene Situation ist da, in der der Untergang des Kapitalismus, der Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Sozial- und Nationalfaschisten sowie der Sieg des Proletariats, die Errichtung der proletarischen Diktatur gleich unausweichlich ist.

### Belagerungszustand durchbrochen

200 uniformierte rote Frontkämpfer demonstrieren in Köln

Eine halbe Stunde lang demonstrieren die roten Frontkämpfer in geschlossener Linie mit roten Fahnen und unter klingendem Lied der Revolution, hundertfünfzig von der Bevölkerung begrüßt. Die Offiziere des sozialfaschistischen Polizeipräsidiums waren so überrascht, daß ihre Heberfallkommandos erst eintrafen, als alle Kameraden bereits wieder verstreut waren. Der Aufruf zum nicht zu verletzenden RFB war ein gelungener Durchbruch gegen Verbot und Belagerungszustand für die führende Organisation der revolutionären Klassenbewegung gegen Kapitalismus und Sozialfaschismus.

### Erwerbslose demonstrieren trotz Verbot

In gut durchgeführter Demonstration zogen die Erwerbslosen in Hertenberg (Oder) vor das Rathaus und erzwangen durch ihr geschlossenes Auftreten, daß der kommunistische Antrag auf Abschaffung von Lohngebern für die hiesigen Kohlenarbeiter in der Sitzung Annahme fand, daß allen ausgebezahlten Erwerbslosen eine einmalige Winterbeihilfe von 30 Mark gezahlt wird.

## Hungermarsch der Erwerbslosen in Pirna

In Pirna marschierten gestern, am 28. 1., 2000 Erwerbslose aus allen umliegenden Orten auf. Transparente mit Forderungen, wie: Kampf der Regierung des Hungers und des Krieges — Wir fordern Arbeit und Brot — Für die gemeinsame Kampfront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen die kapitalistische Nationalisierung, für den Sechshunderttag, 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — Nieder mit den Sozialfaschisten usw. Die Erwerbslosen zogen vor das Arbeitsamt, den Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft und vor das Rathaus, wo sie in wichtiger Demonstration ihre Forderungen vertreteten. Unter dem Prude des Massenaufrufes wurde einiges bewilligt. Ganz Pirna stand vollkommen im Zeichen des Kampfes gegen die Massenplünderung, für den revolutionären Klassenkampf Seite an Seite mit der Kommunistischen Partei.

Anschließend zog ein Zug mit über 2000 Teilnehmern vor den Betrieb Rüttner. Rundgebungen vor dem Betrieb wurden mit Beschlüssen aufgenommen. Im Betrieb Hoehs war ein Polizeiaufgebot stationiert. Die Betriebsfeuerwehr war alarmiert, die Schlauchleitungen waren zum Spritzen fertig gemacht. In der Glasfabrik Zmesler wurden sofort alle Tore geschlossen. 6 Schussleute von Pirna standen bereit. Auch bei Rüttner waren sämtliche Tore verbarrikadiert. Die kapitalistischen Aufwacher hatten fürchtbare Angst. Das zeigte auch ein Ausspruch des Bürgermeisters Scheufel, der die Delegation der Erwerbslosen bat, doch ruhig zu bleiben; denn er hätte gehört, daß die Erwerbslosen in die Betriebe eindringen würden. Als die Demonstration auf dem Marktplatz auf annähernd 3000 Personen angewachsen war, wagte sich kein einziger Polizist auf die Straße. Die Erwerbslosen waren in glänzender Kampfmunung. Es zeigte sich, daß die gewaltige Erwerbslosenarmee nicht mehr in Passivität verharren will, sondern zum Kampf auf der Straße bereit ist. Das Massenelend erfordert revolutionären Massenkampf!

### Auch Flensburger Arbeiter marschieren nach Hamburg

Flensburg, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Von hier aus hat sich eine starke Delegation der Erwerbslosen zum Hungermarsch nach Hamburg aufgemacht. Auf der

## Entlarvte „linke“ Betrüger

Sozialdemokraten lehnen Behandlung der Arbeitszeitfrage im Reichstag ab

Die sächsischen „Linken“ haben einige Tage lang unter dem Druck der Massen von Lebenslindentag und Fünftagewoche geschrieben. Diese erbärmlichen Wichte aber schreiben die Lügen in ihren Subelblättern nur, um über ihre wirklichen Taten hinwegzulaufen. Was sie wirklich machen, zeigt folgender Bericht unserer Reichstagsfraktion.

Die Redaktion.

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Die Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages am 28. Januar hat wieder einmal das schändliche Vertragsmanöver der Sozialdemokraten im Bunde mit dem ADGB enthüllt. Während sie in der Presse, in Kautelen und Artfellen von der Notwendigkeit der Herabsetzung der Arbeitszeit reden als Maßnahme gegen die katastrophal steigende Arbeitslosigkeit, kammern sie im Bunde mit den anderen bürgerlichen Parteien gegen die Beratung der Arbeitszeitfrage. Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte bereits im Plenum verlangt, an Stelle der Beratung des Fünftagegesetzes die Arbeitszeitfrage und die Frage der Arbeitslosenversorgung zu beraten. Auch da lehnte dieselbe Einheitsfront die kommunistische Forderung ab.

Auf der Tagesordnung des Sozialpolitischen Ausschusses stand die Festlegung des Beratungsplanes. Genosse Schröder beantragte für die kommunistische Fraktion unter Hinweis auf die stehende Arbeitsmarktlage sofortige Beratung der kommunistischen Forderung zur Arbeitszeitfrage, der bereits seit Monaten dem Ausschuss vorliegt. Der Vorsitzende Esser schlug dagegen vor, zuerst das Berufsausbildungsgezet, dann den Ausbau der Angestelltenversicherung, ein Gehrentwurf, der noch nicht dem Ausschuss überwiesen ist, ferner die Kleinrentenfürsorge und dann die Reform der RVD (Krankenversicherung) in Angriff zu nehmen, also eine Reihe neuer reaktionärer Gesetze, die sich zum Teil erst in Vorbereitung bei der Regierung befinden. Auf die kommunistische Forderung, die Arbeitszeitfrage sofort zu behandeln, erklärte der Vertreter der Regierung, daß es nicht zweckmäßig sei, vor der Beratung des Berufsausbildungsgezetes die Arbeitszeitfrage neu zu regeln. Genossin Arendsee gestellte darauf nochmals das Verhalten der SPD-Vertreter als ekelhafte Betrug an der Arbeiterklasse. Dieselben Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertreter, die draußen von der Notwendigkeit der Kürzung der Arbeitszeit reden, sitzen jetzt hier, wo es sich darum handelt, die Frage vor das Parlament zu bringen. Die Beratung bis zur Beratung des Berufsausbildungsgezetes bedeutet nach der Festlegung des Beratungsplanes Verzögerung auf unabsehbare Zeit. Genossin Arendsee verlangte dann noch den kommunistischen Gehrentwurf auf Gewährung einer Blindenrente, der ebenfalls dem Ausschuss zur Beratung überwiesen zu beraten. Auch hierüber schwiegen sich sämtliche anderen Parteien aus, der Vorsitzende begnügte sich

mit der Festlegung, daß die Regierung aufgefordert werden solle, sich darüber zu äußern. Der Ausschuss beschloß gegen die Stimmen der Kommunisten, am 7. Februar mit der Beratung des Berufsausbildungsgezetes zu beginnen.

In der Debatte zur dritten Lesung ging Genosse Schröder noch einmal ausführlich auf die entsetzenden Paragraphen des Wuchergezetes ein. Dabei stellte er fest, daß selbst die sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme am Sonnabend, dem 25. 1., geschrieben hat, daß die Erhöhung der Preise für Fünftagearbeiter von 25 auf 30 Pf. nur bei 30 Prozent der Streichhölzer in Frage kommt. Die restlichen 70 Prozent der Fünftageproduktion erfahren eine Erhöhung auf 50 Prozent pro Paket. Daraus unerbittlich herauszuwachen kann von nun an nicht mehr durch die Genossenschaften entgegengetreten werden. Die Steigerung der genossenschaftlichen Fünftageproduktion betrug bisher pro Jahr etwa 20 Prozent, auf Grund des Fünftagegesetzes ist diese Produktionssteigerung nur noch auf 1 Prozent festgelegt. (Stürmisches Hört! Hört! h. d. Komm.) Die Sozialdemokraten und Genossenschaftsbürokraten, die dem Fünftagegesetz zustimmen, haben also alle Grundzüge der Genossenschaften verraten.

Durch das Fünftagegesetz werden weitere Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten in der Fünftageindustrie folgen. Nach dem Gesetz sollen diese nur eine geringe Entschädigung erhalten, wenn die Beschäftigung geprüft ist. (Hört! Hört! h. d. Komm.) Auch ein solcher Fallus ist kennzeichnend für den blutigen Charakter des Gesetzes, denn der Durchschnittslohn eines Fünftagearbeiters beträgt gegenwärtig nur 17,50 Mark pro Woche. (Stürmisches Hört! Hört! h. d. Komm.)

Auch dieses Fünftagegesetz kennzeichnet den Regierungsvertrag der Herrmann-Müller-Regierung. Die Herrmann-Müller-Regierung, für deren Politik die sozialdemokratische Fraktion die volle Verantwortung trägt, übertrumpft in ihrer Arbeiterfeindschaft, in ihrer Massenplünderung, aber auch in ihrem Terror gegenüber der Arbeiterklasse alle vorangegangenen Regierungen. (Sehr wahr! h. d. Komm.) Das erkennen die Arbeiter und werden es in Zukunft immer mehr erkennen, trotz allen Lügen und Verleumdungen gegen die Kommunisten. Die Abschaffung für die Hungerpolitik rückt in greifbare Nähe. (Lebhafter Beifall h. d. Komm.)

Da die Sozialdemokraten wiederum auf das Wort verzahnen und lediglich der Abgeordnete Herz für die Deutschnationalen und Schlar für das Zentrum einige kurze Bemerkungen machten, war die Debatte einschließlich der Abstimmung bereits nach einhundert Stunden beendet.

Der Reichstag verlagte sich auf den 5. Februar 15 Uhr zur Beratung der Ergebnisse der Haager Konferenz.

### Die Polizei des Sozialdemokraten Schönfelder mußte weichen

Schwere Kämpfe der Hamburger Arbeiter gegen Polizeifaschisten

Hamburg, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern mittag fand im Halletsteinischen Haus in den Kohlenhöfen zu Hamburg eine überfüllte Versammlung von Jungarbeitern statt, die zur Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition delegierten und in der 17 Jungarbeiter der kommunistischen Jugendverbände und 4 der kommunistischen Partei teilnahmen.

Im Verlauf einer Reihe von mörderischen Attacken, die von der Schupo nach Versammlungsende bis in die späten Nachstunden hinein unternommen wurden, gab die Offiziere der Mannschicht Befehl, scharf zu schießen. Tatsächlich kam eine Reihe von Sipo dieser Aufforderung nach und verletzten zwei Arbeiter schwer. Die bis zur Kälte erbitterten Massen gingen darauf zum Sturmangriff über. Tschakos flogen auf die Straße und in wenigen Sekunden sah man auf der Straße keinen Sipo mehr.

Bis in die späte Nacht wurde die innere Stadt durch schwerbewaffnete Schupoformationen besetzt gehalten. Das Gängeviertel wurde vollkommen abgesperrt, keiner durfte nach der Kohlenhöfen hinaus. Wüste Attacken auf die proletarische Bevölkerung wurden bis in die späten Nachstunden geführt. Auf

dem Groß-Neumarkt wurde der Reich zur Räumung und zur Schließung der Fenster gezwungen. Harmlose Passanten wurden ergriffen und solange mit dem Gummiknüppel traktiert, bis sie am Boden lagen. Auf den Kohlenhöfen wurden mehrere Verwundete getrimmert.

### Das Fünftagegesetz für Kreuger angenommen

Preissteigerung für Streichhölzer auf 50 Pf., das Paket. Ein entscheidender Schlag gegen Arbeiter-Genossenschaften. Die Fünftagearbeiter können verhungern.

Berlin, den 28. 1. 1930. (Eig. Bericht.)

Nach kurzer Beratung wurde am Dienstag im Reichstag das Fünftagegesetz in dritter Lesung verabschiedet. Dieses Wuchergesetz, das dem sächsischen Fünftagegesetz zwei Kreuger einen jährlichen Ueberprozent von 45 Millionen Mark zuzählt, fand in namenhafter Abstimmung mit 240 gegen 145 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen Annahme. Für das Gesetz stimmten alle Regierungsparteien. Auch die „linken“ Sozialdemokraten, die nach am vergangenen Sonnabend in der sächsischen sozialdemokratischen Presse verkündeten, „die Sozialdemokratie kann sich unmöglich mit der Verantwortung für dieses Gesetz belasten“, gaben bei der entscheidenden Abstimmung über sämtliche Paragraphen des Wuchergezetes ihre Ja-Stimme ab.

Die Kommunisten hatten zur Einabstimmung noch einmal ihre Anträge eingebracht. Sie forderten die Freiheit der genossenschaftlichen Produktion, eine erdübliche Preisfestsetzung, um dem Streichhölzwerker einen Damm zu setzen, forderten die Streichung der Monopolschätze für die Genossenschaften und die Verleuerung der Kreugerischen Monopolschätze. All diese Anträge wurden wiederum von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten abgelehnt. Von derselben Einheitsfront wurde auch der kommunistische Antrag auf Entschädigung der durch das Fünftagegesetz zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angestellten in der Höhe eines Jahresverdienstes niedergestimmt.

### Material zum Verbot der RVD wird gesucht

Hausdurchsuchungen in den Büros der RVD und bei einzelnen Parteigenossen sind in ganz Deutschland an der Tagesordnung. In Berlin und Hamburg, in Frankfurt und Halle, in München und Königsberg, überall Hausdurchsuchungen. Mit besonderer „Intensität“ geht die Polizei natürlich in Bayern vor. So wird aus Ludwigschafen gemeldet, daß in Dutzenden von Proletariatswohnungen gleichzeitig durch ein Massenaußengebot von Kriminalbeamten und uniformierter Polizei Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden. Die Begründungen, oder richtiger die Vorwände für die Hausdurchsuchungen zeigen deutlich, daß nicht irgendeine angeblich strafbare Handlung der Grund für die Hausdurchsuchung war, sondern daß die Polizei nur den Auftrag hatte, Material für das kommende Verbot der kommunistischen Partei zu sammeln. Während man bei einigen Genossen nach der Zeitschrift „Der Arbeiter“ suchte, wurde bei anderen die Suche nach Waffen, oder nach dem nicht zu verletzenden RFB als Vorwand angegeben.

### Primos Diktatur erschüttert

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Zu der Rebellion der Massen gegen den iberischen Diktator schreibt die „Rote Fahne“: Die Klassenkämpfe werden die nächste Entscheidung über die Abwicklung in der kommenden Woche bringen. Aber es ist klar, daß hinter diesen Klassenkämpfen Stärke und auf die Dauer wirksamere Kräfte stehen, die Sorge der iberischen Bourgeoisie (und ihrer ausländischen Geldgeber) um eine möglichst zweckmäßige Gestaltung ihres Unterdrückungsapparates gegen die wertvollsten Massen, deren Rebellion sich drohend im Hintergrund erhebt.

Landstraße nach Schleswig waren drei Lastautos Schupo stationiert, die aber nicht wagten, den Zug zu sprengen. So gelangte er nach Schleswig, das vollständig abgeriegelt wurde. Die Demonstranten wurden verhaftet und auf Lastautos nach Flensburg juristiktransportiert. Inzwischen ist es aber einer neuen Flensburger Demonstration gelungen, auf illegalem Wege die Stadt zu verlassen.

Die „Rote Fahne“ schreibt zu dem Hungermarsch der norddeutschen Arbeiter nach Hamburg:

Die Herren Sozialfaschisten in Norddeutschland haben den Hungermarsch der Erwerbslosen verboten. Aber deren Zahl wird immer größer und ihr Hunger immer widerlicher. Sie pfeifen auf das Verbot. Sie fürchten nicht mehr die schmerzhaftesten Polizeifaschisten, die sich an Proletariaten vergreifen. Die ganze deutsche Arbeiterklasse ist solidarisch mit den Demonstranten an der Wasserfront. Die ganze deutsche Arbeiterklasse bemunbert ihren Mut, die dichten Polizeiketten zu brechen. Die ganze deutsche Arbeiterklasse steht in dem Marsch der hungernden Erwerbslosen nach Hamburg ein lebendiges Beispiel proletarischer Tatkraft, die allem Widerstand zum Trotz Wege zur Befreiung bahnt.

### Trotz Polizeiterrror und Absperrefellen angetreten

Kiel, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Viele Hundert Erwerbslose hatten sich gestern in der Kieler Zentralhalle eingefunden, um von dort den Hungermarsch nach Hamburg anzutreten. Kaum hatten sie den Saal verlassen, als aus der dichtgedrängten Schupo Schlächtrufe erschallen: „Gummiknüppel raus!“ Das war das Signal zu einer blutigen Attacke, bei der eine Reihe von Erwerbslosen verletzt und viele verhaftet wurden.

Trotzdem marschierten die erwerbslosen Demonstranten in der Richtung Elmshagen nach Hefteln weiter. Alle Ausgänge der Stadt waren mit Heberfallkommandos und berittener Polizei besetzt. Uniformierte und Kriminalbeamte zogen ununterbrochen in Autos, auf Motorrädern und Motorbären hin und her. Sämtliche Passanten, die den Bullen irgendwie verdächtig erschienen, wurden durchsucht und verhaftet.

Trotzdem war es über 50 Demonstranten gelungen, die Kette der Polizeihorden zu durchbrechen und den Hungermarsch nach Hamburg anzutreten.